

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934

45 (17.4.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-892764](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-892764)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Leitung: S. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Abzugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pf. D. III 34: 575. Druck und Verlag: S. Zirk, Elsfleth.
Druckerei: S. Zirk, Elsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 5 Pf., Familienanzeigen die Millimeterzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: S. Zirk, Elsfleth

Nr. 45

Elsfleth, Dienstag, den 17. April

1984

Deutschlands Handelspolitik

Programmatische Rede des Reichsaussenministers

Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hielt in Hamburg auf der Jahresversammlung der Hamburger Gesellschaft des Ibero-Amerikanischen Instituts eine Rede, in der er u. a. erklärte: Was aus dem gegenwärtigen Wirken der wirtschaftlichen und handelspolitischen Tendenzen einzelner Länder und aus der völligen Desorganisation der internationalen Finanzbeziehungen schließlich sich abmalen herausentwickeln wird, wird heute mit Sicherheit niemand voraussehen können. In zwei Punkten zeichnet sich die Entwicklung für Deutschland aber heute schon trotz der allgemeinen Unsicherheit klar ab.

Das Eine ist, daß das Schlagwort der Autarkie, eine Zeitlang in manchen Kreisen eine große Rolle gespielt und im Ausland zu manchen Mißverständnissen Anlaß gegeben hat, daß dieses Schlagwort heute in allen maßgebenden Kreisen überwinden ist. Ich spreche das deutlich aus: Niemand in der Reichsregierung glaubt, daß Deutschland wirtschaftlich vom Ausland isoliert werden soll und kann. Zwar wird mit neuen und vereinten Kräften daran gearbeitet, unser Volk und unsere Wirtschaft von ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen unabhängiger zu machen, als dies früher war, und im Inlande selbst zu erzeugen was hier erzeugt werden kann.

Wir haben in dieser Richtung bereits sehr positive Fortschritte gemacht, besonders in der Lebensmittelerzeugung, andererseits aber verlangt unsere zentrale Lage in Europa wirtschaftsnahe und auf wechselseitige Entgegenkommen aufgebaute Handelsbeziehungen mit den Nachbarländern und ebenso verlangt die Notwendigkeit, Rohstoffe zu beschaffen, freundschaftliche Austauschbeziehungen mit den überseeischen Ländern. Ich kann kein besseres Beispiel für diese Einstellung der Reichsregierung anführen als die kürzlich abgeschlossenen Handelsverträge mit Holland und Dänemark. In diesen beiden Verträgen ist besonders die wechselseitige Einigkeit und Bereitwilligkeit zum Ausdruck gekommen, auf die Lebensnotwendigkeiten des anderen Staates Rücksicht zu nehmen; der beiderseitige Verzicht, dem anderen Staat einseitig Opfer zuzumuten, die er nicht tragen kann, und statt dessen das gemeinsame Bestreben zu einer rücksichtsvollen Zusammenarbeit, um den Inlandsmarkt im anderen Lande zum beiderseitigen Vorteil pfleglich zu behandeln. Ich hoffe, daß dieses Beispiel internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit auch bei den Verhandlungen mit anderen Staaten Schule macht.

Das Zweite ist, daß wir in Zukunft die Wareneinfuhr handvoller in die Hand nehmen müssen als in der Vergangenheit. Die Währungs- und handelspolitische Abhängigkeit vieler Länder hat uns einfach in die Zwangslage versetzt, eine planvolle Verlagerung der notwendigen Einfuhr nach den Ländern vorzunehmen, die bereit sind, Deutschland entsprechende Werke abzunehmen. Die Reichsregierung wird diese Linie zwar unter möglichster Schonung aller Handelsbeziehungen, aber doch zielbewußt verfolgen.

Diese rücksichtsvolle aber zielbewußte Gestaltung unserer Handelspolitik verlangt mehr als je eine einheitliche Führung. Es geht nicht an, daß jeder Berufsweig es unternimmt, seine eigene Handelspolitik zu treiben. Es geht nicht an, daß die Tabakimporteure oder die Milchproduzenten Maßnahmen beschließen, die unsere Außenhandelsbeziehungen stören, oder daß eine Stadterhaltung eigene Handelspolitik macht, indem sie das Feilhalten von ausländischen Erzeugnissen in den städtischen Märkten verbietet. Die kritisch und beruflich beschränkten Kreise können aber nicht den Leberdick haben, um zu entscheiden, was zum Besten der Allgemeinheit ist. Darüber können nur zwei Stellen entscheiden. Die eine ist die Reichsregierung, die allein die Außenhandelspolitik führen kann, und die andere sind die vom Reich eingeleiteten Vertretungen der Berufs- und Reichsstände, deren Aufgabe es ist, die Reichsregierung zu beraten und die Interessen der verschiedenen Wirtschaftszweige untereinander abzumachen.

Der Erfolg einer deutschen Außenhandelspolitik ist natürlich, wie der Erfolg jeder Handelspolitik, stets von den elementaren allgemeinen Voraussetzungen abhängig, d. i. die Beschäftigung und Konfolidierung der internationalen Lage in politischer Beziehung.

Daß die Außenpolitik gegenwärtig mit schwierigen und neuen Problemen zu ringen hat, mit Problemen, die zum Teil das Fundament unserer nationalen Existenz betreffen, wissen Sie alle. Ich sehe unter diesen Problemen aber kein solches, das nicht bei vernünftiger Behandlung zugänglich wäre. Man hat erkannt, daß Worte, die Adolf Hitler gesprochen hat, von ihm selbst und von ganz Deutschland gehalten werden. Daran, was wir nach Recht und Gerechtigkeit für Deutschland fordern müssen und gefordert haben, werden wir freilich mit unerbittlicher Entschlossenheit festhalten; denn es sind Forderungen, auf die ein gesundes und ehrliches Volk überhaupt nicht verzichten kann. Es kommt nur auf den Entschluß der anderen Regierungen an, eine Verständigung zur Wirtschaft werden zu lassen.

Wenn das, was ich auf das dringendste hoffen möchte, geschieht, und wenn so das Vertrauen unter den Völkern wiederhergestellt wird, dann haben die Regierungen ihrerseits für die Befestigung des Welt Handels das wichtigste getan, was je überhaupt tun können. Sie haben dann eine gesunde Grundlage, auf der sie auch die unmittelbare Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet mit Aussicht auf Erfolg fördern können.

Stabschef Röhm

ergriff auf der Jahresversammlung des Ibero-amerikanischen Instituts in Hamburg ebenfalls das Wort. Er hielt seine Rede in spanischer Sprache und stellte zunächst fest, daß er die Ibero-amerikanischen Länder aus eigener, jahrelanger Anschauung eingehend kennen und schätzen gelernt habe. Der Hauptebindruck, den er gewonnen habe, sei vor allem das Gefühl, daß ihm bezeichnend zu sein scheint für die gesamte Geistigkeit der Ibero-amerikanischen Völker: Das sei die glühende Liebe zum Vaterland. Mit diesem Eindruck sei er aus Südamerika zurückgekehrt, gerufen vom Führer Adolf Hitler. Der Stabschef hob besonders hervor, er habe sich in den Ibero-amerikanischen Ländern davon überzeugt, daß die große Symphonie, die diese Länder mit Deutschland verbinde, keine Freundschaft für den Tag sei, sondern eine Freundschaft für die Dauer und für immer. Der bolivianische Gesandte in Berlin, Dr. Anze Soria, und Doyen des Konsulatskorps, der venezolanische Generalkonsul Rafael Barbes-Andaneta wiesen auf die freundschaftlichen Beziehungen ihrer Länder mit Deutschland hin.

Zum Schluß sprach Reichsjustizminister Staatsminister Dr. Frant: Ich habe als Jurist des Nationalsozialismus den Kampf um das Recht deshalb geführt, weil das Recht unserer Nation, das Recht des Deutschen, gleich war und ist mit den natürlichen Ansprüchen, die unsere Nation auf Recht und Ehre hat. Ich glaube, daß unsere Nation und die übrigen jungen Völker der Erde, besonders auch die sidamerikanischen, den gleichen Weg der Freiheit und Ehre verfolgen werden.

Ministerbesuch in der Auslandsorganisation

Die in Hamburg zu Besuch weilenden Minister haben auch der Auslandsorganisation der NSDAP Besuche abgestattet. Am Sonnabendnachmittag nahm Reichsaussenminister Freiherr von Neurath Gelegenheit, mit den Herren seiner Begleitung die Auslandsorganisation zu besuchen. Am Sonntagvormittag stattete Reichsjustizminister Dr. Frant und anschließend Reichsminister Stabschef Röhm der Auslandsorganisation Besuche ab. Am Sonntagnachmittag kehrten die drei Minister nach Berlin zurück.

Tagung des Saarkomitees

Intrigen um die Saar

Das Dreierkomitee des Völkerbundes zur Vorbereitung der Saarabstimmung teilt am Montagnachmittag zu seiner nächsten Tagung im Palazzo Chigi in Rom unter dem Vorsitz des italienischen Delegierten Baron Aloisi zusammen.

Das Komitee wird in dieser Tagung vorerst den Bericht der Saarkommission über eine Anzahl wichtiger Fragen entgegenzunehmen und sodann den Bericht für die Konfirmation des Völkerbundes vorzubereiten, in der das Komitee dem Völkerbundst Vorstöße für die Vorbereitung der Saarabstimmung unterbreiten soll.

Inzwischen ist in Genf ein Schreiben des Präsidenten der Saar-Regierung, Knoz, an den Völkerbundrat bekanntgeworden, das sich mit der Bildung der Deutschen Front im Saargebiet und der dadurch angeblich geschaffenen Lage befaßt.

Knoz erwähnt zunächst, daß ihm die Bildung der „Deutschen Front“ seinerzeit von ihren Führern angekündigt worden sei mit der Versicherung, daß man durchaus legal und diszipliniert vorgehen wolle. Trotzdem habe die „Deutsche Front“ am gleichen Tage den Propagandafeldzug eröffnet. Auf Einpruch des Präsidiums der Regierungskommission mit der Feststellung, daß diese Propaganda imverbotener Weise dem Grundgesetz der Freiheit, der Geheimhaltung und der Ehrlichkeit der Abstimmung, hätten die Führer der „Deutschen Front“ beruhigende Erklärung abgegeben. Sie hätten ihre Propaganda auch in einigen Punkten seitdem gemildert. Trotzdem müsse die Regierungskommission, fährt Knoz fort, feststellen, daß die in dem Schreiben gegebenen Zusicherungen nicht gehalten worden seien. Nach immer arbeite die „Deutsche Front“, wenn auch vorichtig, nach der gleichen Richtung. So habe die „Deutsche Front“ Gratisnummern von Zeitungen verteilen lassen mit Formulare, die zum Eintritt in die „Deutsche Front“ aufforderten. Überall seien Werbeschilder der „Deutschen Front“ errichtet worden. Was ganz bedenklich sei: eine große Anzahl von Beamten beteilige sich an diesem Werbedienst. Sogar ein beträchtlicher Teil der Beamten der Polizei und der Gendarmerie hätte seine Unterjochung schon eingeleitet.

„Die Regierungskommission“, schließt der Brief des Präsidenten Knoz, „erkennt, daß es sich hier um ein mit der Abstimmung zusammenhängendes Problem handelt, das zum großen Teil ihre eigene Befugnis überschreitet. Aus diesem Grunde hält sie es für ihre Pflicht, die ernste Aufmerksamkeit des Völkerbundesrats auf ein Manöver zu richten, das schon heute darauf gerichtet ist, die Freiheit, die Geheimhaltung und die Aufrichtigkeit einer eventuellen Abstimmung zu kompromittieren.“

Die Deutsche Front hält Disziplin

Wie abwegig die „Feststellungen“ des Herrn Knoz sind, zeigt am besten eine Bekanntmachung, die im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die Landesleitung der Deutschen Front veröffentlicht. In ihr heißt es: In der letzten Zeit werden wiederholt Versuche gemacht, unter irgendwelchem Deckmantel verbotene kleinere Gruppen aufzustellen, und zwar verjüden diese Leute es mit der Angabe, die Ziele der Deutschen Front zu verfolgen. Es ist ganz selbstverständlich, daß es sich hier um gewissenlose Saboteure handelt, die nichts mit den Zielen der Deutschen Front zu tun haben, wohl aber zu der anderen Seite zu rechnen sind. Der Landesleiter der Deutschen Front bringt aus diesem Grunde allen zur Kenntnis, daß für die gesamte Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung eine zweite Mitgliedskarte ausgestellt wird.

Diese zweite Mitgliedskarte wird jedoch erst nach der Abstimmung ausgegeben und ist die einzige Legitimation dafür, daß der Inhaber dieser zweiten Karte bis zum Abstimmungstage innerhalb der Deutschen Front strengste Disziplin gehalten hat. Im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers wird daher bekanntgegeben, daß nur jene nach der Rückgliederung in die NSDAP des Reiches aufgenommen werden, die im Besitz der zweiten Karte sind. Unter diese Bekanntmachung fallen selbstverständlich auch alle alten Mitglieder der NSDAP.

Im Einvernehmen mit dem Stabschef Röhm wird festgestellt, daß diese Regelung auch sinngemäß für die Aufnahme in die SA und SS, nach der Rückgliederung des Saargebietes gelten soll. Jegliche illegale Befähigung von angeblichen SA-Formationen, die lediglich von Provokateuren verursacht sein könnte, hat unweigerlich zur Folge, daß eine Aufnahme der Betreffenden in die SA bzw. SS unmöglich wird.

„Hendert Euch nicht!“

Stabschef Röhm vor der hamburgischen SA

Anlässlich seines Besuchs in Hamburg beistimmte Stabschef Röhm die gesamten Hamburger SA-Gruppierungen auf der großen Festwiese im Stadtpark. Nach der Beisichtigung, die etwa eine Stunde dauerte, hielt der Stabschef eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„Eines tut heute nicht in einer Zeit, wo ein Volk und ein Staat aus Schwachheit, Traurigkeit und Feigheit wieder neu geboren werden soll zu Ehre, Freiheit und Brot, eines braucht ein Volk in dieser Zeit, eine Kraft, die unüberwindlich ist, die unerschütterlich ist, unbesiegt und unbesiegt. Diese Kraft, SA-Männer, soll Ihr sein, eine Kraft, blind ergeben dem Führer, auf die er sich in guten und schlimmen Tagen verlassen kann. Daß Ihr die gleichen bleibt, das tut not. Not ist, daß Ihr ebenso Kämpfer bleibt, wie Ihr es gewesen seid.“

Hendert Euch nicht! Bleibt so, wie Ihr gewesen seid und sorgt dafür, daß die neuen und jungen Kameraden, die erst kurze Zeit mit Euch marschieren, auch solche treuen und tapferen deutschen Männer, solche tüchtigen und selbstlosen Nationalsozialisten werden, wie Ihr es vorgelebt habt. Ihr müßt das Volk überzeugen durch Euer Vorbild, durch die Tat, von dem was Adolf Hitler will und was das deutsche Volk braucht. Dieser Geist der SA, der allein für sich gar nichts beanprucht, sondern alles dem Volke gibt, wird auch der Garant sein für den Aufstieg und für die Größe und für die Zukunft von Volk und Vaterland.“

Wenn Ihr Manneszucht und Disziplin gehalten habt in all den schweren Jahren, so danke ich Euch dafür und spreche Euch die Anerkennung aus, und ich weiß auch, daß neben dieser eigenen Disziplin der SA eines uns groß gemacht hat und uns unsere Stellung alle Zeit sichern wird. Das ist die Kameradschaft. Und wenn wir von der Kameradschaft sprechen, denken wir besonders des Führers, der auch unser bester Kamerad ist und von dem wir wissen, daß er in guten wie in schlechten Tagen immer und treu zu uns stehen wird, wie wir zu ihm stehen.

Es ist wieder stolz und schön ein Deutscher zu sein. Im Innern wollen wir Sauberkeit und Ehre und im äußeren wird ein Volk, das innerlich ehrlich und lauter ist, auch Freiheit, Ehre und Gerechtigkeit in der Welt bekommen. Und so sollt Ihr die Garantien sein, dieses neuen Deutschlands Adolf Hitlers. Er muß sich immerdar darauf verlassen können: wenn es Not tut, stehen die Millionen brauner und schwarzer Kämpfer angetreten da und werden fernem Rufe folgen und dem Führer zustehen, so wie wir in dieser Stunde an diesem Plage ihm zurufen: Adolf Hitler Sieghell!

Nationalsozialistische Rechtsbetreuung

Übernahme der Rechtsauskunftsstellen durch die NSDAP
Hamburg, 16. April.

Im ehemaligen Bürgergeschäftsraum des Rathauses fand in Anwesenheit des Reichsjustizkommissars, Staatsminister Dr. Frant, die feierliche Übernahme der Rechtsauskunftsstellen und Rechtsberatungsstellen durch die Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDAP statt. Mit der Leitung der Abteilung NS-Rechtsbetreuung der Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDAP ist der Amtsleiter der Rechtsabteilung und Geschäftsführer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, Rechtsanwalt Dr. Raete-Hamburg beauftragt worden. Die NS-Rechtsbetreuung hat ihren Sitz in Hamburg.

Die Übernahme der Rechtsauskunftsstellen erfolgte im Rahmen der Mitgliederversammlung des Verbandes der Rechtsauskunftsstellen e. V., in deren Verlauf Reichsjustizminister Dr. Frant eine Ansprache hielt und u. a. ausführte: In den kommenden Wochen werden an 2000 Rechtsberatungsstellen in Deutschland eingerichtet. Da sie ausschließlich mit Rechtsanwälten besetzt sind, haben Volk, Partei und Staat die sichere Gewähr, daß die Ausübung, die den Volksgenossen zuteil wird, in vollkommener Uebereinstimmung mit der Rechtslage und der Rechtsordnung steht und den Volksgenossen eine wertvolle Hilfe sein wird.

Der Verband der Rechtsauskunftsstellen e. V. wurde in die „Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindeltatenschaften“ umgebildet. Vorsitzender ist der Leiter NS-Rechtsbetreuung, Rechtsanwalt Dr. Raete, Hamburg.

Neuer Lebensraum durch Siedlung

Feder über die gegenwärtigen Wirtschaftsaufgaben
Köln, 16. April.

Die NS-Hago des Gaues Köln-Nachen veranstaltete eine Kundgebung auf dem Neumarkt in Köln, an der 50 000 Angehörige dieser Organisation teilnahmen. Staatssekretär Feder behandelte in seiner Rede die wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart.

Neben den beiden Riesenaufgaben für die deutsche Wirtschaft, Schaffung der Reichsautobahnen und Wiederherstellung des Alltagslebens treten nunmehr die neue Aufgabe: Das deutsche Siedlungswerk. Das Siedlungswerk macht sich zur Aufgabe, die ungeheure Ansammlung von Menschenmassen in den Industriezentren zu beseitigen und den Heimatlosen mit der deutschen Scholle wieder zu verbinden. Auf deutscher Erde werde damit neuer Lebensraum geschaffen.

Staatsrat Dr. Ley schärfte den Versammelten ein, daß der Begriff der Ehre und Anständigkeit im privaten und im geschäftlichen Handeln für jeden Menschen gleich gelte. Reichsamtseiler der NS-Hago Dr. von Kentein betonte, es sei dem Grundgedanken der Gemeinschaft zu verdanken, daß wir nach einjährigen Bemühungen fast 3 Millionen Arbeitslose wieder ihrem Berufe zurückgegeben haben. Handel, Handwerk und Gewerbe seien bereit, das Interesse der Nation in den Vordergrund zu stellen und an dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg des deutschen Volkes mit voller Kraft mitzuarbeiten.

Einiges Handwerk im einigen Volk

Der erste Deutsche Handwerksrat
Stuttgart, 16. April.

Unter der Schirmherrschaft des Reichsstatthalters fand im Hof der Rotenbühl-Kaserne der Erste Deutsche Handwerksrat statt, an dem 100 000 Handwerker aus allen Teilen Württembergs und Badens teilnahmen.

Im Namen des Ehrenmeisters des Deutschen Handwerks, des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg, begrüßte darauf der Reichshandwerksführer Präsident Schmitt die Handwerker. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand der Gedanke des deutschen Sozialismus, der auch nach dem Willen des Führers im Bereich des Handwerks seine Anwendung finden müsse. Bei der Verfolgung dieses Heiles müsse das wirtschaftliche Denken und Handeln aller selbständigen Unternehmer nach neuen wirtschaftsmoralischen und wirtschaftsrechtlichen Grundlagen ausgerichtet werden. Im Hinblick auf

den wirtschaftlichen Erfolg müßten alle monopolistischen Bestrebungen zur Beseitigung und Ausbeutung der Rohstoffquellen abgestellt werden. Heute ließe das deutsche Handwerk dem Führer zur Seite mit dem festen Willen, mit ein Wortkämpfer für den deutschen Sozialismus zu sein.

Im Auftrage des Reichswirtschaftsministers sprach Ministerialrat Dr. Wittenberg, der als Ursache dieser ersten großen deutschen Handwerkerkundgebung die Tatsache herausstellte, daß endlich jenes langgehegte Ziel erreicht worden sei: ein einiges Handwerk in einem einigen Volk.

In einem Schlusswort gab Handwerksratpräsident und Mitglied des Reichstages, Wagner, den Wortlaut eines Telegramms an den Führer bekannt, in dem der Reichstagspräsident des tiefgefühlten Dankes und der unerschütterlichen Treue des süddeutschen Handwerks versichert wird.

Kirchenfeiern zum 1. Mai

Glodenläuten und Gottesdienste

Ministerialdirektor Jaeger, Mitglied des Geistlichen Ministeriums und Leiter der deutschen evangelischen Kirchenkanzlei, hat zum Tage der nationalen Arbeit für die evangelischen Landeskirchen folgende Anordnung getroffen:

Am Tage der nationalen Arbeit oder am Vorabend und, wo es irgend möglich ist, Gottesdienste zu halten, die die nationale Arbeit und ihren Festtag unter Gottes Wort stellen. Die Kirchengebäude sind am 1. Mai zu besetzen. Zu geeigneter Zeit sind die Gloden zu läuten. Am Sonntag vor dem 1. Mai ist in den Gottesdiensten für den Tag der nationalen Arbeit Fürbitte zu tun und bei den Anfindigungen sind die Gemeindeglieder zur Teilnahme an den Festveranstaltungen herzlich aufzufordern.

Das Ende der Heimwehr

Eingliederung in die Vaterländische Front
Wien, 16. April.

Amlich wird bekanntgegeben: Eine eingehende Aussprache zwischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und dem Bundesführer der Heimwehren, Starbinger, hat die Grundlage für die Vereinigung und Verschmelzung aller vaterländischen Gruppen im Rahmen der Vaterländischen Front ergeben. Das wird auch in den nächsten Organisationsmaßnahmen, die schon im einzelnen festgelegt sind, zum Ausdruck kommen.

Dieses Kommuniqué bestätigt die schon längst erwartete Unterstellung der Heimwehren unter die Vaterländische Front Dr. Dollfuß. Das aber bedeutet das Ende der Heimwehr als eines selbständigen Faktors. In Regierungskreisen wird dem Abkommen die größte Bedeutung beigegeben. Es gilt als die Basis und die Voraussetzung für die Schaffung des autoritär geführten Staates, wie er angestrebt wird. Die Vaterländische Front wird sich nach Eingliederung der Wehrfront in drei Gruppen gliedern: Die Wehrfront, die Berufsständische Organisation und die Gebietsorganisation.

Die Christlichsozialen, Reichspost erzählt, daß sich Bundeskanzler Dollfuß mit Rücksicht auf die getroffene Vereinbarung mit der Absicht trage, seinen Stellvertreter in der Führung der Vaterländischen Front, Starbinger, in die Regierung zu berufen.

Kemalettin Sami-Bascha

Der türkische Vorkämpfer in Berlin
Berlin, 16. April.

Der türkische Vorkämpfer in Berlin, Kemalettin Sami-Bascha, ist am Sonntag an den Folgen einer Magenoperation im Alter von 49 Jahren gestorben.

Kemalettin Sami-Bascha war bei Ausbruch des Weltkrieges Major im türkischen Großen Generalstab. Nach dem Waffenstillstand wurde er Stadtkommandant von Konstantinopel. Zwischenfälle bei der Besetzung der Stadt durch Entente-Truppen zwangen ihn, sich monatelang verborgen zu halten, bis es ihm gelang, als Rohlenrtimmer auf einem italienischen Schiff nach Kleinasien zu entkommen. Hier liess er schnell sein General auf und hatte

wesentlichen Anteil an den erfolgreichen Freiheitskämpfen der Türken. Nach seiner 17. Verbannung schlug er Herbst 1922 die griechische Armee südlich von Samsun an. Mustafa Kemal Pascha ernannte ihn zum türkischen Vorkämpfer in Berlin, ihn aber bereits im März 1925 wieder nach Samsun abriefen zur Wiederherstellung eines Kurdenaufstandes. Wiederberufung der unruhigen Stämme fehrte Kemalettin Pascha nach Berlin zurück, wo er zu den bekanntesten Diplomaten gehörte.

Um unsere Kolonien

Sord Rothemere fordert erneut Rückgabe.
London, 15. April.

Sord Rothemere gewährt dem Londoner „Morning Post“ die Erlaubnis, eine Unterredung mit ihm zu führen. Er äußert sich über die Frage der Abtretung, über das neue französische Verhältnis, die Rückgabe der Kolonien an Deutschland und über die Revision des Vertrages von 1919. Zur Abtretungsfrage erklärte Sord Rothemere, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zu keinem Erfolg führen würden, da es heute kein einziges Land gibt, das ernsthaft an eine Abtretung denke. Ein Gleichgewicht könne in Europa lediglich durch einen englisch-französischen Bund gesichert werden, der aber keinesfalls Deutschland gerichtet sein dürfe. Auch Deutschland und die Welt begrüßen, da durch ihn die Sicherheit des Reichs gewährleistet sei und Frankreich dann keine weiteren Argumente aufbringen könne, die gerechtfertigten Gleichgewichtswünsche Deutschlands nicht anzuerkennen.

Die Rückgabe der Kolonien an Deutschland würde die größte Ungerechtigkeit, die durch die Friedensverträge begangen wurde, wieder gutmachen. Die Behauptung, daß die Verfall der Verträge, Deutschland sei nicht fähig, Kolonien zu verwalten, stelle eine völlige Unwahrscheinlichkeit dar. Der Stand, daß man mit der Fortnahme der Kolonien Deutschland seiner wichtigsten Rohstoffquellen beraube, sei ein in der größten Ungerechtigkeit.

Dadurch habe man Deutschland auch die Möglichkeit genommen, seinen Volkserwerb unterzubringen. Ein kräftiges Volk wie das deutsche habe berechtigten Anspruch auf Freiheit und auf Raum, um seinen Überfließ an Arbeitskräften und vor allem die Jugend unterbringen zu können.

Es wäre nichts weiter als eine rein nützliche Angelegenheit, wenn England sich entschloße, die ihm zugedachten ehemaligen deutschen Kolonien, die für England ohnehin keine Bedeutung hätten und nur eine Belastung bedeuteten, Deutschland zurückzugeben. Von welcher Seite man das Problem auch prüfe, niemand könne das Recht Deutschlands auf Kolonien in Abrede stellen. Der heutige Zustand sei unhaltbar.

Zwischenpiel in Genf

Die Vorschläge der neutralen Staaten.
Genf, 15. April.

In Genf wurde eine Denkschrift veröffentlicht, die die gemeinsamen Vorschläge Schwedens, Dänemarks, Spaniens, Norwegens und der Schweiz zur Abrüstungsfrage enthält. Die holländische Regierung lehnt grundsätzlich zugestimmt, stellt aber fest, daß sie nicht jedes Wort der Denkschrift zu eigen mache. Die Denkschrift, die die Initiative Schwedens enthält, geht von dem britischen Abrüstungsvorschlägen aus. Sie ist nämlich wie Großgeheimhaltungsfragen. Es ist allerdings möglich, daß es möglich sein müßte, durch eine Anpassung der britischen Vorschläge zu einem für alle annehmbareren Abkommen zu gelangen.

Man fühle sich verpflichtet, schon jetzt die Aufmerksamkeit der Abrüstungskonferenz auf die wichtigsten Grundzüge zu richten, bei deren Bedeutung eine Lösung möglich ist. Diese Grundzüge werden dann in der Zukunft entwickelt werden.

1. Man möge sich vorläufig mit einem Abrüstungsabkommen begnügen, das nur bestimmte Gebiete der Rüstung umfasse. Jede Entschädigung, die die Aufrechterhaltung der Abrüstung der Militärindustrie betreffe, werde gleichwohl verboten. Die englischen Vorschläge müßten durch verbindungslose Verbot des Luftbombardements ersetzt werden.



Vom Schloss zur Sägemühle
ROMAN VON LUCIE REINHARD.

„Darf ich auf Sie warten?“ wandte er sich an das Mädchen, das sich bis jetzt vergeblich den Kopf zermartert hatte, wie sie den verätherischen Brief von der Schwester erlangen konnte. Jetzt fuhr sie aus ihrem Sinnen auf.
„Nein, Herr von Troffen, warten Sie nicht auf mich; ich fahre nicht auf dem Wasser spazieren.“
„Du könntest zu Verts Vetter auch etwas freundlicher sein, Veronika!“
„Aber bitte, liebe Frau Gertraude, nicht so! Fräulein Veronika hat eben keine Lust, und wir fahren dann ein anderes Mal. Empfehle mich also!“
„Wenn du noch länger so kraßbütig zu Herrn von Troffen bist, dann wird er eines Tages genug haben und darauf verzichten, dich als Frau zu nehmen!“ zischte Gertraude, kaum daß sie außer Hörweite waren.
„Was Besseres könnte er mir gar nicht antun! Im übrigen braucht er mich nicht beim Vornamen zu nennen; ich finde das dreist von ihm.“
„Na, hab' dich nicht gleich so, er ist doch Verts Vetter und nennt mich auch beim Vornamen.“
„Aber mir paßt das nicht, ich bin mit ihm nicht verwandt, und wenn er mich wieder so anspricht, dann werde ich es ihm verbieten.“
Veronika war verbittert; ihr war jetzt alles egal, sie wußte, daß es jetzt einen harten Kampf gab, sie kannte die Großmutter zur Genüge, deren harte Strenge ihr schon manche Träne erpreßt hatte.
Aber von Gerhard lassen, nein, das tat sie nicht, und

wenn die Großmutter auch noch so hart und böse war, sie ließ nicht von dem Geliebten, sie blieb ihm treu.
Gertraude hatte von der Seite das Gesicht der Schwester beobachtet, und als Veronika den Blick füllte, wandte sie sich noch einmal mit der Bitte an sie: „Gib mir den Brief, Gertraude!“
Frau von Falkenstein antwortete nicht, sondern öffnete nur flüchtig die Tür, die zum Wohnzimmer der Großmutter führte, und trat ein.
„So, Großmama, hier bringe ich Veronika, und hier ist ein Brief, den meine Jungen in einer Mauerhöhlung fanden, und den Veronika als ihr Eigentum forderte. Bitte, entscheide du!“
Frau von Hagen hatte mit scharfen Augen von einer zur anderen gesehen. Nun nahm sie den Brief und fragte Veronika.
„Ist der Brief für dich bestimmt?“
„Ja, bitte, gib ihn mir!“
„Von wem? Wer schreibt dir auf diese Weise einen Brief?“
Veronika blickte ihre Großmutter flehentlich an und streckte bittend die Hand aus.
„Bitte, liebe Großmutter, gib mir den Brief!“
Aber statt einer Antwort rief Frau Kunigunde den Umschlag auf und fing an, das Schreiben zu lesen, während Veronika bleich wie der Tod da stand.
„So — das sind schöne Geschichten, so befolgst du mein Verbot, nicht mit diesem Machiavelli zusammenzutommen? Eine regelrechte Liebesgeschichte hast du mit dem Sohne des Sägemüllers, du, ein Fräulein von Hagen. Lies mal, Gertraude!“
„Es ist mein Brief, bitte gib ihn mir!“ bat Veronika. Aber Gertraude hatte ihn schon in den Händen und fing an, mit verächtlichem Lächeln zu lesen.
„Wie kommt es dazu, Veronika, so gegen meinen Willen zu handeln? fuhr Frau von Hagen ihre Enkelin jetzt an. „Ich finde es höchst ungehörig und schlecht von dir. Das hätte ich nicht von dir gedacht. Für die Zukunft soll dir aber die Lust zu verächtlichen Geschichten vergehen;

keine Minute wirst du mehr allein sein und das Spott nur verlassen, wenn ich es erlaube.“
Veronika stand mit Tränen in den Augen mitten im Zimmer. Was die Großmutter sagte, schmerzte sie nicht weniger wie der Brief, den Gertraude mit so impertinentem Gesichtsausdruck jetzt der alten Dame auf den Tisch legte.
„Sehr schön!“ sagte sie dabei. „Solchen Liebesbrief hat mir mein Vetter nie geschrieben. Ist ja allerhand.“
„Gib ihn mir!“ bat Veronika mit verjagender Stimme.
Aber Frau von Hagen nahm den Brief und geriet über ihn in kleine Fregan.
„Eine Schande ist es, eine Schmach sondergleichen, daß sich meine Enkeltochter so erniedrigt hat!“
„Darum ist sie auch zu Edgar von Troffen immer abstoßend gewesen“, sagte Gertraude. „Erst vor einem kleinen Welle, als er sie zur Vorkampfabri aufforderte, war sie wieder so abweisend. Er wird sich das nicht mehr leisten mitanzusehen.“
„Du wirst zu ihm von jetzt ab sehr liebevoll zu sein“, sagte Frau Kunigunde streng. „Ich verlange von dir, denn du wirst ihn heiraten — das ist mein Wunsch. Richtige dich danach!“
„Nein, Großmutter, das kannst du nicht von mir verlangen, daß ich einen Menschen heirate, den ich nicht mag, den ich verabscheue!“
„Da hörst du es, wie sie ist!“ hegte Gertraude. „Aber statt uns dankbar zu sein, daß wir so für ihre Zukunft sorgen, hält sie verachtliche Reden.“
„Ich wünsche, daß du Herrn von Troffen beträgst und du wirst gehorchen!“ schrie Frau von Hagen jetzt höchster Wut, indem sie sich erhob und Veronika gebietend ansah. „Wirst du mir folgen?“
„Nein, Großmutter, ich kann nicht, ich heirate nur den Mann, den ich liebe!“
„Die alte Frau hoch die Hand und ging auf die Mädchen zu; aber Veronika wich vor ihr zurück.“
„Du wirst ihn heiraten, ich will es!“ herrschte Alte sie an. (Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der
Schiffleuth stets willkommen

Esflleth, den 17. April 1934

Tages-Feiger

C-Ausgang: 5 Uhr 28 Min. Ollnterzug: 7 Uhr 27 Min.

Sch w a s s e r:

4.30 Uhr Vorm. — 5.00 Uhr Nachm.

18. April: 5.10 Uhr Vorm. — 5.30 Uhr Nachm.

* Wir weisen darauf hin, daß am heutigen Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, der Erstgabaß des Wasserwerks am Hafen gerichtet wird.

* Die NS-Frauenenschaft hatte am Sonnabend abend zu ihrer ersten festlichen Veranstaltung dieses Jahres eingeladen, zu der außer den NS-Frauen, die den großen Lindenhofsaal schon fast allein füllten, auch zahlreiche Gäste erschienen waren. Der Raum war mit erlesener Geschmacks festlich geschmückt, von allen Ecken grüßten leuchtende Frühlingsblumen in verschwendunglicher Fülle, und so lag von vornherein eine lebhafte Stimmung über der erwartungsvoll harrenden Menge. Die Gruppenleiterin, Frau Gladom, begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten und gedachte unteres großen Führers, der unser Volk aus langer Winternacht und Winterstarr erlöst und ihm den Frühling gebracht hat. Und nun folgten die Darbietungen in reicher Abwechslung. Die Frauenchaft hatte mit Hilfe des WM den Abend aus eigenen Kräften aufgebaut, nur zur Einleitung der Sprechstunde und der Lieder waren zwei Männer hinzugezogen worden. Deklamationen, von Fräulein Harzog, Frau Schlegelinger und Frau Rosenberger mit tiefer Empfindung und ausgezeichneter Aussprache dargeboten, wechselten ab mit Lieberovorträgen des vor einigen Wochen gegründeten Frauenchores, mit Sprechstücken, von denen besonders der erste, „Frühling im Vaterland“, äußerst wirkungsvoll war und weitere Verbreitung verdient, mit reizenden Tänzen der Tanzgruppe des WM, Frau Gollatz sang sich mit ihren Liedern in die Herzen ihrer Zuhörer, von Fräulein Martha Tielke am Klavier verständnisvoll begleitet, und Fräulein Hanna Rippenbrint entlebte sich ihrer Aufgabe als Anführerin mit großem Geschick. — Im Mittelpunkt des Abends aber stand der Vortrag von Frau Pleis, „Der Wandel des deutschen Frauenbildes im Wandel der letzten 150 Jahre“. Es würde weit über den Rahmen dieses Berichtes hinausgehen, auch nur eine kurze Inhaltsangabe dieses nach Inhalt und Form geradezu vollendeten Vortrages zu bringen. Viele ihrer Zuhörerinnen würden sich freuen, den Vortrag noch einmal hören oder ihn gedruckt lesen zu können. — Die Leiterin schloß den genussreichen Abend mit einem dreifachen „Sieg-Heil“ auf Volk und Vaterland. — Die Frauenchaft hat durch diesen Abend bewiesen, daß sie nicht nur ernst zu arbeiten, sondern auch würdig zu feiern versteht.

* Am letzten Sonntag war in ganz Deutschland die Suche nach dem unbekanntem Langstreckler. Auch in Esflleth wurde ein 10 km Lauf und ein 25 km Gehen durchgeführt. Leider war die Beteiligung nicht sehr stark. Die Ergebnisse sind recht gut.

10 km Lauf:

Heinz Rolf (Schulschiff) 33,23 Min.; Bachhus (Oldendorf) 38,44 Min.; Helmut Jerich (Schulschiff) 41,35 Min.; Eugen Bergen (Esflleth) 42,55 Min.; Gerhard Westhäuser (Schulschiff) 45,22 Min.

25 km Gehen:

Hermann Drieling und Hajo Karls 3 Std. 8,04 Min.; Christel de Bruyn 3 Std. 28,22 Min. Die 3 Geher gehören zum 5. SS-Sturm 1/24.

* Am Sonntag, dem 15. April, fand im Saale des „Tivolli“ die diesjährige Freisprechung der Lehrlinge statt. Berufsschulleiter Pg. Höpken eröffnete die Feier, er dankte für das Erscheinen der Handwerker der Esfllether Bevölkerung und für die Teilnahme der Esfllether Bevölkerung. Pg. Höpken begrüßte den NS-Hago-Kreisleiter Böning aus Colmar, Bürgermeister Jobelen, Pg. Dr. Köbler von der Oldenburgischen Handwerkskammer, Malermeister Göbe aus Delmenhorst, sowie einige Vorstandsmitglieder der Handwerkskammer. Mit drei harten Schlägen eröffnete der älteste Innungsmeister nach altem Brauch den eigentlichen Freisprechungsaft. Er fragte die ausgedienten Lehrlinge, ob sie brav und fleißig ihre Lehrjahre ausgemüht hätten, er ermahnte sie, in jetzt eintretenden Gesellenleben ehrlich und treu zu bleiben, er forderte sie auf, während der Wanderjahre fleißig in der Welt und nach Wissenswerten umzusehen. Pg. Dr. Köbler ergriff nach diesem feierlichen Akt das Wort und sprach in kameradschaftlichen ermahnenden und aufklärenden Worten zu den Jung-Gesellen. Für das beste Gesellenstück und für die beste Note stellte er seitens der Handwerkskammer ein Diplom zur Verfügung. Es sprach ferner Esfllethers Bürgermeister Pg. Jobelen, er gedachte der Ausstellungsverwaltung in den benachbarten Händen von Berufsschulleiter Pg. Höpken und Bäckermeister Rudolf Stindt. Die Ausstellung in der Städtischen Berufsschule zu Esflleth sei wiederum ein voller Erfolg. Die anwesenden Innungsmeister, die die Freisprechung leiteten, waren die Meister Stindt, Minckermann, Müller, Reemts, Fels, Rauff und Sagob. Der anwesende Altgehilfe war Geselle Heeren. Nach weiteren drei harten Schlägen als Abschluß vom vorstehenden Innungsmeister und nach gemeinsamem Gesang des Deutschland- und Gott-Wesell-Viebes wurde die würdige Feier geschlossen.

* Die Uraufführung des Stedinger Festspiels von August Hinrichs findet nicht, wie fälschlich berichtet wurde, im Bremer Schauspielhaus, sondern allein in Alteneß (Oldenburg) durch die „Niederdeutsche Bühne Oldenburg“ in niederdeutscher Sprache am 27. Mai statt. Das Landestheater Oldenburg, das bisher sämtliche Uraufführungen von August Hinrichs herbracht, bringt auch die hochdeutsche Fassung des Stedinger Festspiels zur ersten Aufführung im Reich (16. Sept. 1934). An dieser Aufführung können sich gleichzeitig weitere Bühnen beteiligen.

Kottbus, 16. April. In den frühen Morgenstunden ereignete sich in Guben ein folgenschwerer Verkehrsunfall. Ein von dem SA-Oberführer Verhe gezeichnetes Motorrad fuhr aus bisher unbekannter Ursache in höchster Geschwindigkeit gegen einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß der Oberführer Verhe die Stelle getötet wurde. Sein Mitfahrer, der SA-Oberführer Rinas, wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach der Ueberführung in das Gubener Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlag.

Brag, 16. April. Im Schußgeheprozeß gegen den reichsdeutschen Staatsangehörigen Dr. Hellmuth Klode aus Leipzig, der wegen verschiedener Anschläge gegen die tschechoslowakische Republik und Militärsplionage angeklagt war, wurde vom Kreisgericht Mährisch-Odrau das Urteil verkündet, das auf Freispruch lautete. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht insbesondere aus Grund der von der Verteidigung angeführten reichsdeutschen Zeugen nicht zur Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten kommen konnte.

Die Deutsche Rechtsfront der Garant der Rechtsordnung

Jede Revolution hat ihre eigene Geschlichkeit. Es ist aber nicht so, daß der Revolutionär zunächst die Gesetze schafft und sie dann in die Wirklichkeit umsetzt. Die Geschlichkeit einer Revolution liegt vielmehr in ihren großen tragenden Ideen, deren Wert sich daran erweist, ob es gelingt, sie mit dem Rechtsempfinden des durch die Revolution umgestalteten Volkes in Einklang zu bringen.

Die nationale Revolution Adolfs Hitlers, die als solche in der Geschichte aller Völker ohne Beispiel dasteht, verdankt ihren einzigartigen Erfolg dem Umstand, daß der Führer vom ersten Tage seines Wirkens an alles Schaffen und Gelingen in den Rahmen einer Rechtsordnung einfügte, deren ethische Grundlage die nationalsozialistische Weltanschauung bildet. Schon lange vor der Machtübernahme hatte er sich das Instrument geschaffen, das diese neue Rechtsordnung vorbereitete: Die Rechtsabteilung der Reichsleitung unter der Führung seines Rechtsberaters, des tatkräftigen Rechtsanwalts Dr. Hans Frank. Gleichzeitig hatte er dem Wirken dieser Rechtsabteilung eine breite Unterlage geschaffen durch die Gründung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen.

Sofort nach der Machtübernahme wurde dieser Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen zum Kristallisationspunkt aller derer, die bereit waren, an der Schaffung der neuen Rechtsordnung, am Werden des deutschen Volksrechts mitzuarbeiten. Dem energischen Durchgreifen von Dr. Frank, den der Reichspräsident auf Vorschlag des Führers als Reichsjustizkommissar berief, gelang es, innerhalb weniger Wochen die auch im deutschen Rechtsleben bestehende Vereinsmeierei, Zersplitterung und lappenförmige Interessensvertretung zu beseitigen. Jeder deutsche Mensch, der irgendwie mit dem Wirken an deutschen Recht verbunden war, wurde eingegliedert in die „Deutsche Rechtsfront“, ganz gleich, ob er nach früheren liberalistischen Begriffen akademischer Volljurist oder einfacher Justizbeamter war. Vom Reichsgerichtsrat bis zum Rechtsflieger und jüngsten Referendar umfaßt die Deutsche Rechtsfront alles, was berufen ist, Recht zu lehren, Recht zu finden und Recht zu vollziehen.

Man muß sich diesen Entwicklungsgang der Deutschen Rechtsfront vergegenwärtigen, um die hohe Aufgabe zu erkennen, die ihr besonders vom Führer gestellt worden ist. Dr. Frank umschrieb diese Aufgabe in einer Ansprache, die er in seiner Eigenschaft als bayerischer Justizminister vor den Obersten bayerischen Justizbehörden hielt mit den Worten, daß die Justiz der große Ausgleichsfaktor zwischen Volk und Staat, Ausgleichsfaktor innerhalb des Staates zwischen Staat und Bewegung ist. „Die Justiz war der Hauptfaktor zur Sicherung des Staates als Machtinstrument der Partei. Sie ist gekulkt darin, die Dinge des Tages einzureihen in den großen, weltanschaulichen, ja weltgeschichtlichen Zusammenhang.“

Diese Aufgabe erfüllt die deutsche Justiz durch das Wirken der Deutschen Rechtsfront und vor allem des straff organisierten und weltanschaulich geschulten Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, der innerhalb der Deutschen Rechtsfront die gleiche Rolle spielt, die der Nationalsozialistischen Betriebsstellen-Organisation in der Deutschen Arbeitsfront zugewiesen ist, d. h. VNSDj ist der nationalsozialistische Stoßtrupp innerhalb des deutschen Rechtswesens, dessen Aufgabe nicht daran liegt, irgendwelche Berufs- oder Standesinteressen seiner Angehörigen zu vertreten, der nur dazu berufen ist, der nationalsozialistischen Weltanschauung im Deutschen Recht zum vollen Durchbruch zu verhelfen und damit ein wirkliches, tief in der Volksgemeinschaft verwurzelt Volksrecht zu schaffen.

Der Führer hat der deutschen Justiz die Aufgabe gestellt, Garant der Rechtsordnung zu sein. Die Deutsche Rechtsfront und ihr Stoßtrupp, der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, hat dem Führer durch den Mund des Reichsjustizkommissars eben wieder das Gelöbnis abgelegt, daß sie diese Aufgabe genau so hart, zäh und solbatisch-sachlich gegen jedermann durchhalten wird, wie das irgend eine andere Aufgabentruppe des Nationalsozialismus auch tut.

Der deutsche Rechtsstaatsgedanke beansprucht deshalb aber auch für die Justiz freies Lebensrecht. Dr. Frank dankte dem Führer erst dieser Tage wieder dafür, daß er dem deutschen Richter, der deutschen Justizverwaltung, der deutschen gelegentlichen Rechtsprechung freie Bahn und freie Entwicklung gesichert hat. Diese Freiheit, die ihre Grenzen nur in den Belangen der Volksgemeinschaft findet, ist die Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes der deutschen Rechtsfront. Sie braucht diese Freiheit, damit die Justiz bei der Fort der Gerechtigkeit, der Fort des Ausgleichs, vor allem aber auch immer der Fort des Schwachen, der Fort desjenigen, der sonst schutzlos den Mächten des Lebens ausgeliefert wäre. Die Deutsche Rechtsfront ist und wird so bleiben das klare, scharfe, mächtige Instrument des Nationalsozialismus im Rechtsstaat Adolfs Hitlers.

2. In diesem Rahmen sei es wesentlich, wenigstens einige Maßnahmen für eine tatsächliche Umrüstung ins Auge zu fassen.

3. Das Umrüstungsabkommen müsse in bescheidenem Maße eine praktische Durchführung der Gleichberechtigung sein.

4. Ein Abkommen dieser Art scheine nicht durchführbar sein ohne eine Verstärkung der Sicherheitsbürgschaften des hierfür in der englischen Denkschrift vorgeschlagenen hinaus.

Vor allem werde man tatsächliche und präzise Ausführungsbedingungen für das Abkommen ausarbeiten müssen. Diesem Zusammenhang erklärt die Denkschrift die Rück Deutschlands in den Völkerverbund für einen Beitrag zur Lage der Sicherheit.

An diese Vorschläge knüpft die Denkschrift noch einige wertvolle Bemerkungen über die Abrüstungsfrage an. Die Abrüstung befindet sich am Scheidewege, entweder eine befristete, aber tatsächliche Verminderung der Rüstungen gleichzeitig mit einer möglichen Wiederaufrüstung gewisser Staaten zu billigen oder aber bei einer einfachen Festlegung Status quo mit einer sehr viel stärkeren Wiederaufrüstung rechnen zu müssen. Die Unterzeichner der Denkschrift sehen sich für die erstere Lösung aus.

Der 1. Mai im Saargebiet

Kundgebungen unter freiem Himmel verboten.

Saarbrücken, 16. April.

Die Regierungskommission hat der Presse eine Mitteilung gegeben lassen, in der sie verschiedene Maßnahmen Kenntnis bringt, die sie für das Fest der Nationalen am 1. Mai vorgezogen hat. Danach sind öffentliche Aufzüge und Kundgebungen unter freiem Himmel verboten.

Die von den Arbeitnehmern der Staatsbetriebe vielfach erwünschte Arbeitsruhe zu gewähren, wird im Mai vorübergehende Feiertage auf den 1. Mai gelegt. Da die staatlichen und kommunalen Beamten offen sind, werden außerdem die üblichen Beurlaubungen am 1. Mai nicht gewährt.

Trochti wohnt in Frankreich

Ueberraschende Entdeckung der französischen Polizei.

Paris, 16. April.

Dem „Deure“ zufolge hat die französische Polizei einen Unfall festgestellt, daß sich der frühere Sowjetminister Trochti in einer Villa bei Barbizon in der Gegend von Fontainebleau aufhält, wo er mit seiner Frau und drei seiner Anhänger, die ihm gleichzeitig als Leibdiener dienen, wohnt. Trochti hatte vor einiger Zeit dielaubnis erhalten, sich in Korsika aufzuhalten, scheint aber bemerkt seinen Wohnsitz nach Innerfrankreich verlegt zu haben.

Die französischen Behörden sollen beabsichtigen, ledig-Trochti Rückkehr nach Korsika zu veranlassen, es sei an, daß sich das Gerücht bewahrheitet, daß Trochti an der Gründung einer „Vierten Internationale“ arbeitet.

Mussolini sagt die Wahrheit

Ungünstige Aufnahme in Paris.

Paris, 16. April.

In einem Interview mit der „New York Times“ über die Abrüstungsfrage hat der italienische Ministerpräsident Mussolini u. a. erklärt, jeder sei sich darüber im klaren, daß der Verfallender Landkarte eines Tages durch einen Krieg auf eine andere Weise berichtigt werden müsse. Was er lautete die rhetorische Frage des italienischen Weltanschaulichs, folge die Revision nicht lieber „auf eine andere Weise“ vorgenommen werden?

Die Unterredung Mussolinis mit der amerikanischen Zeitung findet in Frankreich eine ungünstige Aufnahme, sie eben Stellen über die Beteiligung der Ungerechtigkeiten des Versailles Vertrages enthält, die den Franzosen unangenehm sind.

Neue Spur im Mordfall Prince

Paris, 15. April.

An der Mordangelegenheit des Gerichtsrats Prince verliert die Polizei eine ganz neue Spur, der sie große Bedeutung beimißt. Der Pariser Garagenbesitzer Wüller, dessen Name seinerzeit bei der Verhaftung des Barons Prince und seiner beiden Freunde viel genannt wurde, hat die Aufdeckung des Verbrechens zwei Kraftwagen an den Schweizer Kaufmann verkauft.

Dieser Kaufmann, der einen der beiden Wagen für 200 Franken gekauft hatte, obwohl er noch sehr gut erhalten war und neu 100 000 Franken gekostet hat, hat in den Tagen des Wagens zwei Flaschen gefunden, von denen eine unbedingt Aether enthalten haben muß. Der Aether Befund der Leiche Prince hatte ergeben, daß der Mord erst zwei Stunden vor seinem Tode betäubt worden mußte.

Man betont ferner, daß der Kraftwagen eine Stundenleistung von 140 Kilometer entwickelte und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in dem Ather des Wagens nur eine Lücke von 36 Stunden vorhanden und es deshalb nicht ausgeschlossen erscheint, daß er sich des Wagens bedient habe, um von Marseille nach Dijon fahren. Der ehemalige Besitzer des Wagens ist ferner Stammgast des berühmten Spielclubs Spetics, in dem die drei Verhafteten ein- und ausgingen.

Stapellau der „Deutschland“

Ein Arbeiter taucht das Schiff

Bremen, 16. April. Auf den Atlas-Werken in Bremen fand der Stapellau des von der Rederei „Deutschland“ in Auftrag gegebenen Dampfers „Deutschland“ statt, der im Unterwerbervertrage Verwendung finden soll. Die Tauffeier hielt Kreisleiter Wegener. Am den Göttern der Volkerverbundenheit im nationalsozialistischen Deutschland einen symbolischen Ausdruck zu geben, wollte die Taufe durch einen Arbeiter, der an dem Bau des Schiffes mitgewirkt habe, vorgenommen lassen. Dann trat der Arbeiter Behrens vor und zerhüllte die Flasche des dem Zug des Schiffes mit den Worten: Ich taufe dich „Deutschland“. Unter den Klängen des Deutschlandliedes trat der Schiffkörper in Bewegung und glitt von seinen Surrarufen begleitet in die Wellen.

* Das Deutsche Bauernspargbuch. Das Erbhofgesetz bildet die Krönung jener Maßnahmen der Regierung unseres Führers Adolf Hitler, mit denen die Festigung eines breiten, gegen alle Stürme gesicherten Bauernstandes, die dauerhafte Verwurzelung Millionen deutscher Menschen im deutschen Boden bewirkt wird. Jeder Volksgenosse muß sich mit vollem Herzen zu diesem großen Wert des Reichsbauernführers und Reichsministers Walter Darré bekennen. Auch die deutschen Spartassen, als bodenständige Einrichtungen begründet und bis heute wirkend, stehen seit 150 Jahren im Dienst der deutschen Landwirtschaft, des deutschen Bauern. Heute verwalten sie rund 1 1/2 Milliarden RM landwirtschaftliche Kredite, die als kleine Hypotheken und Personalkredite gerade den bäuerlichen Schichten zugeflossen sind, denen die Fürsorge der nationalsozialistischen Agrarpolitik besonders gilt. Als berufene Förderer des Spargedankens haben sich die Spartassen das große Ziel gesetzt, das Wert der Stärkung des Bauernstandes zu ergänzen. Sie wollen mit dahin wirken, daß nicht nur der Anebe, der den Hof erhält, gesichert dasteht, sondern daß gemäß den allgemein auf Entproletarisierung gerichteten Bestrebungen der Reichsregierung auch für die nachgeborenen Kinder des Bauern Aufstieg, Berufsausbildung, Ausstattung usw. gewährleistet sind. Gestärkt werden müssen auch die landwirtschaftlichen Bevölkerungsschichten, die von den Segnungen des Reichserbhofgesetzes nicht erfaßt werden, also besonders die kleineren Landwirte; bei ihnen gilt es, den Weg zum Ausbau und zur Stärkung des Betriebes zu weisen. Den angeedeuteten Zielen dient eine Schöpfung der deutschen öffentlichen Spartassen, nämlich das Deutsche Bauernspargbuch. Jeder Bauer und Landwirt kann für sich oder seine Angehörigen bei jeder deutschen Spartasse ein solches Bauernspargbuch einrichten lassen bei einer Mindesteinlage von RM 1.—. Entsprechend dem Zweck der Einlagen auf Bauernspargbuch (für Berufsausbildung, Schaffung neuer Bauernstellen oder einer sonstigen Existenz, Ausstattung der Töchter usw.) sind die Kündigungs- und Rückzahlungsbestimmungen gehalten. In Verbindung mit langfristiger Anlage kann ein gewisser Zinsvorteil gewährt werden. Der Zinsfuß für Spareinlagen auf Bauernspargbüchern beträgt 1/2 Prozent über dem Zinsfuß für normale Spareinlagen. Die Spareinlagen auf Bauernspargbüchern sind wie alle Einlagen bei den öffentlichen Spartassen minderbefreit. Durch das Deutsche Bauernspargbuch wird andererseits den Volksgenossen aus der Landwirtschaft seine unerschütterliche Bevorzugung eingeräumt. Denn jeder andere Sparer kann gleichfalls durch Vereinbarung entsprechender Kündigungsfristen einen günstigeren Zinsfuß erlangen als bei normalen Spareinlagen. Nur in den Rückzahlungsbedingungen unterscheidet sich das Bauernspargbuch von dem normalen Spargbuch, das heute in einer Anzahl von 22 Millionen Stück verbreitet ist. Der große Vorteil besteht darin, daß die längere Kündigungsfrist den Bauern stets an seine großen Sparziele erinnert und ihm die allmähliche Sicherstellung der Zukunft seiner Kinder wesentlich erleichtert.

* Oldenburger Landes-theater. Dienstag, 20 Uhr: (A 29) „Benfion Schöller“. Mittwoch, 16 Uhr: (Nachmittags-Anrecht Nr. 15) „Alle gegen einen, einer für Alle“. 20 Uhr: (DB IA, IIA, IIC) „Marietta“. Donnerstag, 20 Uhr: (B und C 29) Neuaufführung „Die toten Augen“. Freitag, 20 Uhr: Festvorstellung (Gesf. Vorstellung für die NSDAP) „Alle gegen einen, einer für Alle“. Sonnabend, 20 Uhr: (NS-Fh.-Gem. Gr. IIb) „Carmen“. Sonntag, 19 1/2 Uhr: (A A) „Marietta“.

* Bekämpfung der Mäuseplage Am 10. d. M. fand in Brate vor Vorsitz des Amtshauptmanns Middendorff eine Versammlung sämtlicher Bürgermeister, Gemeindevorsteher und Gemeindebauernführer statt, in der über die Bekämpfung der Mäuseplage im Amte Wesermarsch verhandelt wurde. An dieser Versammlung nahmen auf besondere Einladung vom Ministerium Ministerialrat Tanzen und Oberregierungsrat Ziedler, vom Landstand der stellvertretende Landesbauernführer Abel, Diplom-Landwirt Dannemann, Amtsbauernführer Wachhaus und Landwirtschaftsrat Abels teil. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß nach den Beobachtungen der letzten Zeit mit einer neuen Mäuseplage in diesem Jahr zu rechnen sei, wenn nicht sofort durchgreifende Maßnahmen ergriffen würden. Es wurde sodann beschlossen, eine einheitliche, großzügige Bekämpfungsaktion in der Wesermarsch einzuleiten. Zu diesem Zwecke sollen 500 Zentner Delicia-Mäusepräparat beschafft werden,

das, wie die Erfahrung gelehrt hat, als vorzügliches Bekämpfungsmittel angeprochen werden kann. Die erforderlichen Kosten in Höhe von rund 50 000 RM sollen zunächst vom Amtsvorstand Wesermarsch aufgebracht werden, in der Erwartung, daß Reich und Staat einen erheblichen Zuschuß zu den Lasten tragen werden. Von einer Bekämpfung der Feldmäuse durch die Grundstückseigentümer selbst wird auf Grund der gemachten Erfahrungen abgesehen, da eine Kontrolle nicht möglich ist; vielmehr soll bauerwirtschaftsweise vorgegangen werden, in der Weise, daß sämtliche Grundstückeigentümer und Nutzungsberechtigte und die in ihrem Betrieb tätigen Personen vom Gemeindevorstand bzw. einen von diesem Beauftragten aufgeben und in Kolonnen angeleitet werden, um das ganze Gebiet der Bauerschaft einheitlich zu durchmauen. Das Staatsministerium hat inzwischen am 11. April d. J. eine entsprechende Polizeiverordnung erlassen, die für die geplante Bekämpfungsaktion die erforderliche gesetzliche Grundlage schafft. Das Amt erwartet, daß alle Beteiligten sich rüchhaltlos an der Durchführung der großzügigen Bekämpfungsaktion beteiligen, da nur auf diese Weise eine neue Mäuseplage, die unermesslichen Schaden anrichten würde, vermieden werden kann. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung und insbesondere Nichtbefolgung der getroffenen Anordnungen strafbar ist und außerdem als Sabotage betrachtet und behandelt werden wird. Die Bekämpfungsaktion ist bis zum 30. April 1934 durchzuführen.

* Aufhebung des oldenburgischen Erbschaftsteuergesetzes zum 1. Mai. Der Minister der Finanzen weist besonders darauf hin, daß das Reichserbschaftsteuergesetz vom 24. März 1934 mit dem 1. Mai d. J. in Kraft tritt. Mit Wirkung vom gleichen Tage treten die Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen der Länder über die Erhebung von Steuern auf Erbschaftungen und auf den Verbrauch von Fleisch und von Schlachtabfallprodukten außer Kraft.

* Der Blindenverein Landesteil Oldenburg e. V. schreibt uns: Immer wieder müssen wir die Wahrnehmung machen, daß Handelsvertreter auswärtiger Firmen sich als Vertreter des Blindenvereins, Landesteil Oldenburg, ausgeben und ihre Ware als Erzeugnisse der heimischen, blinden Handwerker anpreisen und verkaufen. Diese fragwürdigen Personen sind, wie mehrfach festgestellt werden konnte, vornehmlich Vertreter der folgenden Firmen: Westfalenfeld GmbH, Hagen i. W. und „Blindewa“, früher Gebritter Goldstein, Berlin, von denen schon mehrere der Polizei angezeigt und von dieser gestellt werden konnten. Beide vorgenannte Firmen sind nicht berechtigt, das Blindenwarenschutzzeichen, zwei sich der strahlenden Sonne entgegenstehende Hände, zu führen, und somit nicht als gemeinnützige Blindenbetriebe anerkannt. In Anbetracht vorstehend geschilderter Umstände bitten wir das kaufende Publikum inständigst, sich beim Einkauf von Blindenwaren genau davon überzeugen zu wollen, daß es auch die Erzeugnisse der heimischen, blinden Handwerker sind. Die Handelsvertreter des Blindenvereins Oldenburg sind mit einem vom Oldenburger Staatsministerium beauftragten Anwalt versehen. Zudem tragen sie ein metallenes Firmenchild vor der Mütze.

* Moorriem. Die vor reichlich 10 Wochen in Angriff genommene Arbeit der Vertiefung des Vardenflether Sieltieles ist nunmehr beendet. Die zu vertiefende Strecke betrug reichlich 5000 Meter, wovon etwa die Hälfte infolge der geringen Breite des Sieltieles nur mit dem Spaten bearbeitet werden konnte. An der übrigen Strecke wurden zwei Förderbänder benutzt. Es wurden bei diesen Arbeiten lediglich Arbeiter aus Estland verwendet. Die von der Firma Freytag, Oldenburg, ausgeführten Arbeiten wurden am Freitag von den Siegelchworen der Vardenflether Verlatrat abgenommen.

* Oldenburg. Aus amtlichen Verhandlungen in Berlin geht bestimmt hervor, daß bis zum 1. Oktober d. J. die hiesige Reichsbahndirektion aufgelöst sein wird. Es steht allerdings noch nicht fest, ob der Bereich der Direktion Oldenburg im Ganzen an die Direktion Minister gelangen wird, oder ob die Strecke Bremen-Hude-Weggen der Reichsbahndirektion Hannover angegliedert werden soll. Die Nachricht, daß von den etwa 300 insfrage kommenden Bediensteten der Reichsbahndirektion Oldenburg etwa 200 auch ferner in Oldenburg bleiben werden, hat hier große Freude ausgelöst. Es wird geplant, hier ein Reichsbahnverkehrsamt und ein Wohlfahrtsamt neu einzurichten,

dazu sollen die hier verbleibenden Verkehrskontrollen, weil man ihnen Kontrollarbeiten übertragen werden soll, vergrößert werden. Diese Kontrollen besorgen andere Direktionen. Eins der 3 hier vorhandenen Beamter wird aufgelöst werden. Das große Verkehrsleitungsgebäude am Pferdemarktplatz dürfte auch voll zur Ausnutzung kommen, da andere Verkehrsleitungsstellen, beispielsweise an der Bahnhofs-dorhlin verlegt werden sollen. — Die ins Hoch übertragene und mit dem Titel „Rach um Verlesene, von unserem Heimatdichter August geschaffene „Swienstommet“, die in Verlesene 300. Aufführung erlebte, und auch auf vielen größeren und kleineren Bühnen ausnahmslos große hatte, soll verfilmt werden. Als passende Vertiefung dafür sind die Belegenheiten des Dorfes Wiefel in Aussicht genommen.

* Goldensfeldt. Der Freiwillige Arbeitsdienst Lager Eilen ist augenblicklich damit beschäftigt, lumpige Wiesen der nahegelegenen Juntendünen, Erdmassen aufzuhöhen. Durch einen Studenten Wideshausen war der Lagerführer Meinrenken Anfallen von Urnenscherben an der Abtragung aufmerksam gemacht worden. Die ganze frische Sande in einer Länge von etwa 100 Metern war beim Nachsuchen mit Urnenscherben durchsetzt. Die eine Befichtigung durch Museumsdirektor Michaelien, daß sowohl an der Wand bis zu etwa 1,50 Metern als auch an der Oberfläche des benachbarten Waldes Urnenscherben in größerer Menge vorhanden waren, dem ganzen Fund muß angenommen werden, daß dieser Tiefe eine alte Kulturstätte befunden habe, zumal an einer Stelle das Grundstück eines großen hammers gefunden wurde. An anderen Stellen fand sich mudenartige Hüfungen von Holzstöße und sand (wahrscheinlich alte Feuerstellen). Alle diese Funde deuten auf eine vorgeschichtliche Siedlungsstelle, vielleicht der vorgeschichtlichen Elsenzzeit angehörend. In weiteren Ergebnissen der Untersuchungen wird es abzuwarten sein, ob in der Zeit nach der Ernte eine größere Ausgrabung angeleitet werden muß.

* Bremen. Vor der Großen Straßammerung der Verwaltungsobersekretär Hermann Arberg mit Worten, der im Oktober und November vorigen Jahres Gelder, die er in amtlicher Eigenhaft als Kassierer der Erleuchtungs- und Wasserversorgung Bremen hatte, zur Abdeckung eigener Verbindlichkeiten verwendet haben soll. Es handelt sich um kleinere Geldbeträge in Höhe von insgesamt 110 RM. Der Angeklagte gibt die Beträge aus einer Kasseite entwendet zu haben; in einer Pfändungsangelegenheit bringen Geld jedoch habe er geföhrt, die widerrechtlich entnommen Beträge mit getarntem Geld auszugleichen. Zahlungen erhielt der Angeklagte am 9. Dezember 90 RM aus dem Spargbuch ausgezahlt. Seine Absicht, die Beträge zu decken, konnte der Angeklagte aber nicht mehr ausführen, da seine Verfehlungen inzwischen bekannt wurden. Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 6 Monaten.

* Norden. Der Besitzer von zwei Kühen Milch an eine Wolkerei. Da die Beschaffenheit der Milch nicht einwandfrei erschien, wurde sie zunächst von Milchkontrollen untersucht und für verdächtig bei weiteren Untersuchungen wurde die Milch dann in Nahrungsmitteluntersuchungsamt in Emden gesandt. Dort wurde festgestellt, daß 35 Liter Milch, die täglich gesaugt wurden, 22,4 Liter Wasser zugeleht waren. Der Besitzer der Milch gab bei der Vernehmung an, daß möglich etwas in der Kanne gemessen sein könne und die übrigen die Kühe nur eine dünne Milch geben. Die letztere Behauptung trifft aber in keiner Weise zu; die Untersuchung ergab, daß die Kühe eine vollnormale Milch liefern.

* Langewog. Einen originellen Witz erlaube ich hier ein vierjähriger Junge. Da zu Hause der Vater storch erwarmt wurde, wurde er am Abend zu seinem wohnenden Großeltern gebracht, damit er dort im Bett sollte. Am nächsten Morgen war er freudig über die durch die Ankunft eines kleinen Schwesterchens, aber am Abend abermals bei seinen Großeltern im Bett sollte, meinte der kleine Knirps, darauf lieber werden zu wollen, da sonst die Befehle bestände, daß der Storch in der Nacht noch wieder ein Schwesterchen Wiege legen würde.

Elsflether! Flaggen heraus!

Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet in feierlicher Weise der erste Spatenstich für den Neubau der Elsfler Raje statt. Die ganze Bevölkerung wird zur Teilnahme herzlichst eingeladen. Ibbeken, Bürgermei-

Stadtmagistrat
Elsfleth, den 16. April 1934
Betrifft:

Bekämpfung der Feldmäuse
Auf Grund der Verfügung des Staatsministeriums vom 11. April d. J. werden alle Landwirte im Gebiete der Stadt Elsfleth angefordert, das Grünland bis Freitag, den 20. d. M., zu schleppen. Ibbeken

NSDAP
Am Mittwoch, d. 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, läuft im „Tivoli“ der Film
„Treue um Treue“
Als Beifilm
„Englische Bilder“
Eintritt 30 Pf. Ortsgruppenleiter

Das beste Werbemittel
ist die Zeitungs-Anzeige

Auf sofort zu vermieten die im Ruythaverfchen Hause befindliche
Oberwohnung
B. Gloystein, Aukt.
Zu mieten gesucht zum 1. Mai
kleine Wohnung
am liebsten mit Garten.
Elsfleth B. Gloystein, Auktionator

Briefmischläge
mit Firmenaufdruck
L. Zirk, Buchdruckerei
Nal.-Soz. Deutscher Frontkämpferbund (Stahlfelml)
Bersammlung
Donnerstag, 19. April, abends 9 Uhr, bei Kruse
Erfcheinen un bedingt erforderlich
Der Ortsgruppenführer

Moorriemer Kanalacht
Von Mittwoch, den 18. April an, wird zugewogen
Hagen, Seelager

Elsflether Männer-Gesang-Verein
Sonntag, 22. April, 20 Uhr, im „Lindenbaum“
Bunter Abend
Reichhaltiges, heiteres Programm, u. a. Singen „Der Ehe-Automat“. Als Gast: Santa Lucia vom Oldenburger Landestheater.
Nachfolgend: „Tanzkränze“
Eintritt 1 RM einschließlich Tanz.